

Inhaltsübersicht

Einführung	1
<i>1. Teil: Entwicklungslinien unionsbürgerlicher Freizügigkeit</i>	17
A. Freizügigkeit in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	19
I. Historischer Ausgangspunkt: Marktintegration und Markttranszendenz	19
II. Entwicklungslinien des grundfreiheitlichen Freizügigkeitsregimes	24
III. Zwischenbilanz: Eckpfeiler grundfreiheitlicher Freizügigkeit	86
B. Freizügigkeit als Element der zu realisierenden Europäischen Bürgerschaft	90
I. Die Idee des „Europa der Bürger“ in seiner historischen Entwicklung von der Gipfelkonferenz in Den Haag (1969) bis zur Regierungskonferenz von Maastricht (1992)	91
II. Erste Schritte auf dem Weg zum allgemeinen Aufenthaltsrecht	101
III. Die Verankerung des allgemeinen Freizügigkeitsrechts als Element der „Unionsbürgerschaft“ im Vertrag von Maastricht	109
IV. Entwicklungen im Freizügigkeits-Acquis nach Maastricht	117
<i>2. Teil: Das unionsbürgerliche Freizügigkeitsrecht als Grundfreiheit ohne Markt</i>	122
A. Die Ein- und Ausreisefreiheit sowie das Aufenthaltsrecht	126
I. Art. 18 I EG in der Unionsrechtsordnung	126
II. Mitgliedstaaten und Europäische Union als Verpflichtete des allgemeinen Freizügigkeitsrechts	142
III. Schutzbereich	143
IV. Schranken	158
V. Freizügigkeitsschutz durch Verfahren: Die prozeduralen Garantien des Freizügigkeitsrechts	190
VI. Die Fortschreibung des Freizügigkeits-Acquis aufgrund der Rechtsetzungsermächtigung des Art. 18 II, III EG	191
VII. Fazit: Das allgemeine Freizügigkeitsrecht	195

B. Der Anspruch des Unionsbürgers auf Inländerbehandlung.....	197
I. Der Anspruch des Unionsbürgers auf Inländerbehandlung im Spiegel der Rechtsprechung des EuGH	197
II. Die dogmatische Struktur des unionsbürgerlichen Diskriminierungsverbotes.....	207
III. Diskriminierungsschutz nach der neuen Aufenthaltsrichtlinie 2004/38	263
IV. Fazit: Der Anspruch des Unionsbürgers auf Inländerbehandlung	279
C. Mobilitätsschutz jenseits des Gebots der Inländerbehandlung.....	281
I. Mobilitätsschutz jenseits des Gebots der Inländerbehandlung im Spiegel der Rechtsprechung des EuGH	282
II. Das allgemeine Freizügigkeitsrecht als Garantie transnationaler Mobilität jenseits des Gebots der Inländerbehandlung	292
III. Fazit: Mobilitätsschutz jenseits des Gebots der Inländerbehandlung.....	309
3. Teil: <i>Freizügigkeit, Unionsbürgerschaft, Marktintegration</i>	311
A. Die Unionsbürgerschaft.....	311
I. Die multidimensionale Herausbildung einer Europäischen Bürgerschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	313
II. Die Institutionalisierung einer Europäischen Bürgerschaft mit der Unionsbürgerschaft	321
III. Der sich in der Rechtsprechung herausbildende Status als Unionsbürger	325
IV. Fazit	355
B. Von der markt- zur unionsbürgerlichen Freizügigkeit.....	358
I. Von der marktfreiheitlichen Faktormobilität zur unionsbürgerlichen Freizügigkeit.....	359
II. Der Befund: Unionsbürgerliche und marktfreiheitliche Freizügigkeit zwischen Trennung, Befruchtung und Abrundung.....	361
III. Die Normkategorie „Grundfreiheit“ angesichts der Erosion ihres ökonomischen Elements	366
IV. Neujustierung des Freizügigkeitsregimes.....	378
Rückblick und Ausblick	385
Literaturverzeichnis	401
Fundstellennachweis	437
Sachregister	443

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht.....	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIII

Einführung	1
------------------	---

1. Teil

Entwicklungslinien unionsbürgerlicher Freizügigkeit

17

A. Freizügigkeit in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	19
I. Historischer Ausgangspunkt:	
Marktintegration und Markttranszendenz	19
1. Die Grundfreiheiten als Instrument der Marktintegration.....	19
2. Die Grundfreiheiten in einem markttranszendierenden	
Kontext	22
II. Entwicklungslinien des grundfreiheitlichen	
Freizügigkeitsregimes	24
1. Die sich herausbildende Rechtsstellung der Angehörigen	
der Mitgliedstaaten qua gemeinschaftsrechtlicher	
Freizügigkeitsberechtigung.....	24
a) Der Einzelne als Subjekt einer neuen Rechtsordnung:	
Die unmittelbare Anwendbarkeit der Personenverkehrsfreiheiten.....	25
b) Der Bedeutungsverlust der nationalen Staatsangehörigkeit:	
Die Gleichstellung des EWG-Ausländers mit den Angehörigen	
des Aufnahmemitgliedstaates	27
aa) Die grundfreiheitliche Garantie eines gesicherten	
Aufenthaltsrechts	27
bb) Das grundfreiheitliche Diskriminierungsverbot als Garant einer	
nahezu umfassenden, unbedingten und effektiven	
Inländerbehandlung	31
(1) Vom beschäftigungsbezogenen Diskriminierungsverbot zum	
umfassenden Inländerbehandlungsanspruch des Freizügigkeits-	
berechtigten	32
(a) Das Universum der „sozialen Vergünstigungen“	
(Art. 7 II VO 1612/68)	32
(b) Die thematische Weite der primärrechtlichen	
Diskriminierungsverbote	34
(2) Die Unbedingtheit des marktfreiheitlichen	
Inländerbehandlungsanspruchs	38

(3) Effektiver Diskriminierungsschutz:	
Die Einbeziehung versteckter Diskriminierungen	39
c) Der Bedeutungsverlust der Grenzen zwischen den Mitgliedstaaten:	
Mobilitätsschutz jenseits des Gebotes der Inländerbehandlung	41
aa) Die Rechtsprechung des EuGH: Der Weg zum	
freiheitsrechtlichen Verständnis der Personenverkehrsfreiheiten	43
(1) Die rein terminologische Überwindung des	
Diskriminierungskonzeptes	44
(2) Die materielle Erweiterung des Diskriminierungsschutzes	
über das Gebot der Inländerbehandlung hinaus	46
(3) Die Anerkennung einer freiheitsrechtlichen Komponente:	
Die Entscheidung Bosman	48
(4) Fazit	51
bb) Die Kontroverse in der Literatur	52
(1) Die Grundfreiheiten als reine Diskriminierungsverbote?	52
(2) Die Grundfreiheiten sind auch Freiheitsrechte	54
cc) Der Gewährleistungsgehalt der Grundfreiheiten jenseits des	
Inländerbehandlungsgebotes	56
2. Die Begrenztheit des grundfreiheitlichen	
Freizügigkeitsregimes	58
a) Die Freizügigkeit des Marktteilnehmers und ihre graduelle	
Verallgemeinerung	59
aa) Erwerbstätige als primär Freizügigkeitsberechtigte	59
(1) Der Begriff des Arbeitnehmers: Inanspruchnahme der	
Definitionsmacht durch den EuGH und weites Verständnis	60
(2) Das enge Verständnis der nicht erfassten Bereiche	62
(3) Noch nicht und nicht mehr im Erwerbsleben stehende Personen	
als Begünstigte der Arbeitnehmerfreizügigkeit	64
(a) Vorwirkungen des Arbeitnehmerstatus: Die Arbeitsuche	65
(b) Die Fortwirkung des Arbeitnehmerstatus bei Arbeitslosigkeit	66
(c) Die Fortwirkung des Arbeitnehmerstatus bei Arbeitsunfähigkeit	68
(d) Die Fortwirkung des Arbeitnehmerstatus bei Eintritt in den	
Ruhestand	69
(e) Die Fortwirkung des Arbeitnehmerstatus bei Fortbildung	70
(4) Die Rechtsstellung der Familienangehörigen des Arbeitnehmers	71
(a) Das Aufenthalts- und Verbleiberecht der Familienangehörigen	
des Wanderarbeitnehmers	73
(b) Ausübung einer Erwerbstätigkeit und Gleichbehandlung	74
bb) Die graduelle Verallgemeinerung des gemeinschaftsrechtlichen	
Freizügigkeitsregimes	76
(1) Der Dienstleistungsempfänger als „neuer“ Marktteilnehmer:	
Erste Schritte zur Verallgemeinerung des marktfreiheitlichen	
Freizügigkeitsregimes	76
(2) Die Einbeziehung Studierender in das gemeinschaftsrechtliche	
Freizügigkeitsregime	80
b) Der zur nationalen Staatsangehörigkeit nur komplementäre	
Charakter der grundfreiheitlich vermittelten Rechtsstellung	84
c) Die Freizügigkeitsakzessorierät der grundfreiheitlich vermittelten	
Rechtsstellung	85

III. Zwischenbilanz: Eckpfeiler grundfreiheitlicher Freizügigkeit	86
B. Freizügigkeit als Element der zu realisierenden Europäischen Bürgerschaft.....	90
I. Die Idee des „Europa der Bürger“ in seiner historischen Entwicklung von der Gipfelkonferenz in Den Haag (1969) bis zur Regierungskonferenz von Maastricht (1992).....	91
1. Die historische Entwicklung eines „Europa der Bürger“ von der Gipfelkonferenz in Den Haag (1969) zur Regierungskonferenz von Maastricht (1992).....	91
a) Die Geburt der Idee eines „Europa der Bürger“ – Die Gipfeltreffen von Den Haag (Dezember 1969) und Paris (Oktober 1972) sowie die Erklärung zum Europäischen Selbstverständnis vom 14.12.1973	91
b) Erste Konkretisierungen der Idee des „Europa der Bürger“	92
aa) Initiativen des Rates: Das Gipfeltreffen von Paris (Dezember 1974) und der Bericht Leo Tindemans über die Europäische Union vom 29.12.1975.....	92
bb) Der Bericht der Europäischen Kommission über das „Europa der Bürger“ vom 3.7.1975.....	93
cc) Die Position des Europäischen Parlamentes: Die Entschliefungen zur Europäischen Union vom 10.7.1975 und zur Zuerkennung besonderer Rechte an die Bürger der EG vom 16.11.1977	94
c) Fortentwicklung in den 1980er Jahren.....	95
aa) Der Spinelli-Vertragsentwurf des Europäischen Parlamentes zur Gründung der EU (1984)	95
bb) Der Europäische Rat von Fontainebleau (25. und 26.6.1984) und die Berichte des von diesem eingesetzten Ad-hoc-Ausschusses für das Europa der Bürger.....	96
cc) Die Mitteilung der Europäischen Kommission zum Europa der Bürger vom 24.6.1988.....	97
dd) Der Erasmus-Beschluss des Rats vom 15.6.1987: Das „Europa der Bürger“ als rechtsverbindliches Ziel der Gemeinschaft	98
2. Fazit: Die Idee eines „Europa der Bürger“	98
II. Erste Schritte auf dem Weg zum allgemeinen Aufenthaltsrecht	101
1. Die gescheiterte erste Richtlinie über das Aufenthaltsrecht	102
2. Die Einheitliche Europäische Akte vom 1.7.1987: Noch kein allgemeines Aufenthaltsrecht im Binnenmarkt	104
a) Die wirtschaftlich determinierte Freizügigkeit im Gemeinsamen Markt.....	104
b) Keine Verallgemeinerung des Freizügigkeitsregimes als Ziel des Binnenmarktes	105
3. Der zweite Anlauf: Die Aufenthaltsrichtlinien 90/364, 90/365 und 90/366	106
a) Entstehungskontext.....	106
b) Wesentlicher Regelungsgehalt.....	108
c) Der Streit um die Rechtsgrundlage der „Studentenrichtlinie“	109

III. Die Verankerung des allgemeinen Freizügigkeitsrechts als Element der „Unionsbürgerschaft“ im Vertrag von Maastricht.....	109
1. Auf dem Weg zur Regierungskonferenz	110
2. Die Unionsbürgerschaft in den Verhandlungen	111
3. Die Unionsbürgerschaft im Vertrag von Maastricht.....	114
4. Der fragmentarische Charakter der institutionalisierten Unionsbürgerschaft	115
IV. Entwicklungen im Freizügigkeits-Acquis nach Maastricht.....	117
1. Die Verträge von Amsterdam und Nizza	117
2. Die Grundrechte-Charta: Freizügigkeit als Bürgerrecht.....	118
3. Der Vertrag über eine Verfassung für Europa	118
4. Die „neue“ Freizügigkeitsrichtlinie 2004/38	119

2. Teil

Das unionsbürgerliche Freizügigkeitsrecht als Grundfreiheit ohne Markt

122

A. Die Ein- und Ausreisefreiheit sowie das Aufenthaltsrecht.....	126
I. Art. 18 I EG in der Unionsrechtsordnung.....	126
1. Die Kontroverse um die unmittelbare Anwendbarkeit des Art. 18 I EG.....	126
2. Das Verhältnis zu den weiteren unionsrechtlichen Freizügigkeitsverbürgungen	130
a) Art. 18 I EG als lex generalis zum grundfreiheitlichen Aufenthaltsrecht.....	131
b) Die Ablösung des richterrechtlich entwickelten Aufenthaltsrechts Studierender	132
c) Die Rangerhöhung des Freizügigkeitsrechts der von den RL 90/364, 90/365 und 93/96 erfassten Nichterwerbstätigen	133
d) Art. 18 I EG und das unionsrechtliche Freizügigkeitsgrundrecht (Art. 45 GRC, Art. II-105 VVE)	134
e) Unionsbürgerliche Freizügigkeit im Kontext des Europäischen Rechtsraumes	136
aa) Menschenrechtliche Freizügigkeitsgewährleistungen im Europäischen Rechtsraum	137
bb) Der prekäre europäische Konsens über die Rechtsstellung von Ausländern in Abkommen des Europarates	138
(1) Europäisches Fürsorgeabkommen	139
(2) Europäisches Niederlassungsabkommen.....	139
(3) Europäisches Übereinkommen über die Fortzahlung von Stipendien an Studierende im Ausland.....	140
cc) Gemeinsame Freizügigkeitstradition der Mitgliedstaaten	141
3. Keine Übergangsfristen für Angehörige der zum 1.5.2004 und 1.1.2007 beigetretenen Mitgliedstaaten	141

II. Mitgliedstaaten und Europäische Union als Verpflichtete des allgemeinen Freizügigkeitsrechts	142
III. Schutzbereich	143
1. Persönlicher Schutzbereich	143
a) Der Unionsbürger als unmittelbar Freizügigkeitsberechtigter	143
aa) Kongruenz mit dem Kreis der grundfreiheitlich Freizügigkeitsberechtigten	143
bb) Der Kreis der Unionsbürger: Die staatliche Personalhoheit und ihre unionsrechtlichen Schranken	144
cc) Juristische Personen als unionsbürgerlich Freizügigkeitsberechtigte?	147
b) Drittstaatsangehörige Familienmitglieder als sekundärrechtlich und akzessorisch Freizügigkeitsberechtigte	148
aa) Der Kreis der akzessorisch Freizügigkeitsberechtigten	149
bb) Lockerungen der Akzessorietät	150
c) Das Aufenthaltsrecht drittstaatsangehöriger Familienmitglieder als Ausfluss der primärrechtlichen Berechtigung des Unionsbürgers	150
2. Sachlicher Schutzbereich: Fortbewegung und Aufenthalt	151
a) Die Bewegungsfreiheit: Das Recht auf Aus- und Einreise	151
b) Das Aufenthaltsrecht	151
aa) Das Recht auf Aufenthalt bis zu drei Monaten (Art. 6 RL 2004/38)	152
bb) Das Recht auf Aufenthalt für mehr als drei Monate (Art. 7 ff. RL 2004/38)	153
cc) Das Recht auf Daueraufenthalt (Art. 16 ff. RL 2004/38)	153
3. Räumlicher Schutzbereich	155
a) Freizügigkeit im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten oder im Geltungsbereich des EG-Vertrages?	155
b) Freizügigkeit in der EU oder zwischen den Mitgliedstaaten?	156
c) Freizügigkeit im gesamten Hoheitsgebiet des Mitgliedstaates?	158
IV. Schranken	158
1. Das allgemeine Freizügigkeitsrecht ist nicht absolut gewährleistet	159
2. Aufenthaltsformalitäten	160
3. Der ordre-public-Vorbehalt	161
4. Die ökonomischen Aufenthaltsvoraussetzungen: Das Gebot ausreichender Existenzmittel und eines umfassenden Krankenversicherungsschutzes	164
a) Die ökonomischen Aufenthaltsvoraussetzungen nach den RL 90/364, 90/365 und 93/96	164
b) ... gelten grundsätzlich auch vor dem Hintergrund eines als Unionsbürgerrecht konstitutionalisierten allgemeinen Freizügigkeitsrechts fort	165
aa) Die Kritik an den ökonomischen Aufenthaltsvoraussetzungen	166
bb) Die graduelle Relativierung der ökonomischen Aufenthaltsvoraussetzungen in der Rechtsprechung des EuGH	170

(1) Mangelnde Sensibilität? Die Urteile in der Rs. C-20/96 – Snares vom 4.11.1997 und der Rs. C-356/98 – Kaba I vom 11.4.2000	170
(2) Erste Relativierung: Die teleologische Reduktion der ökonomischen Aufenthaltsvoraussetzungen in der Rs. C-184/99 – Grzelczyk vom 20.9.2001	171
(3) Weitere Relativierung: Die ökonomischen Aufenthaltsvoraussetzungen als Schranke des allgemeinen Freizügigkeitsrechts im Urteil in der Rs. C-413/99 – Baumbast und R vom 17.9.2002	173
(4) Dennoch: Die ökonomischen Aufenthaltsvoraussetzungen gelten grundsätzlich fort – das Urteil in der Rs. C-456/02 – Michel Trojani vom 7.9.2004 und Folgeentscheidungen	174
(5) Die Position des EuGH.....	175
cc) Die ökonomischen Aufenthaltsvoraussetzungen gelten im Grundsatz fort	176
(1) Keine über die Rechtsprechung des EuGH hinausgehenden weiteren Relativierungen der ökonomischen Aufenthaltsvoraussetzungen	176
(2) Kein unverändertes Festhalten an den ökonomischen Aufenthaltsvoraussetzungen	178
(3) Das Problem der durch die Relativierung hervorgerufenen Rechtsunsicherheit	179
c) Bedingungen und Beschränkungen: Die Bedeutung der ökonomischen Voraussetzungen für den Bestand des allgemeinen Freizügigkeitsrechts	180
d) Die ökonomischen Voraussetzungen in der neuen Aufenthaltsrichtlinie 2004/38	184
aa) Aufenthalte von einer Dauer bis zu drei Monaten	184
bb) Aufenthalte zwischen drei Monaten und dem Erwerb des Rechts auf Daueraufenthalt.....	185
cc) Aufenthalte unter dem Schutz des Daueraufenthaltsrechts.....	188
5. Der Missbrauchsvorbehalt als Schranke des allgemeinen Freizügigkeitsrechts.....	188
6. Der Wesensgehalt des allgemeinen Freizügigkeitsrechts als Schranken-Schranke	189
V. Freizügigkeitsschutz durch Verfahren: Die prozeduralen Garantien des Freizügigkeitsrechts	190
VI. Die Fortschreibung des Freizügigkeits-Acquis aufgrund der Rechtsetzungsermächtigung des Art. 18 II, III EG	191
1. „Dauerbaustelle“ Art. 18 II, III EG.....	191
2. Die Reichweite der Rechtsetzungsermächtigung	192
a) Mögliche Regelungsgegenstände.....	192
b) Die materielle Programmierung der Rechtsakte durch Art. 18 II EG	192
3. Das Verhältnis zu den sonstigen freizügigkeitsbezogenen Rechtsetzungsermächtigungen	193
VII. Fazit: Das allgemeine Freizügigkeitsrecht	195

B. Der Anspruch des Unionsbürgers auf Inländerbehandlung.....	197
I. Der Anspruch des Unionsbürgers auf Inländerbehandlung im Spiegel der Rechtsprechung des EuGH.....	197
1. Inländerbehandlung als Konsequenz unionsbürgerlicher Gleichheit?.....	198
a) Das Urteil in der Rs. C-85/96 – Martínez Sala vom 12.5.1998.....	198
b) Das Urteil in der Rs. C-456/02 – Michel Trojani vom 7.9.2004	199
2. Der freizügigkeitsakzessorische Inländerbehandlungs- anspruch Nichterwerbstätiger.....	200
a) Das Urteil in der Rs. C-274/96 – Bickel und Franz vom 24.11.1998.....	200
b) Das Urteil in der Rs. C-184/99 – Grzelczyk vom 20.9.2001.....	201
c) Das Urteil in der Rs. C-148/02 – Avello vom 2.10.2003	202
d) Das Urteil in der Rs. C-209/03 – Dany Bidar vom 15.3.2005	203
3. Inländerbehandlung Arbeitsuchender als Konsequenz einer extensiven Auslegung des grundfreiheitlichen Diskriminierungsverbots.....	204
a) Das Urteil in der Rs. C-138/02 – Collins vom 23.3.2004.....	204
b) Das Urteil in der Rs. C-258/04 – Ioannidis vom 15.9.2005	205
4. Die Herausbildung eines unionsbürgerlichen Inländer- behandlungsanspruchs in der Rechtsprechung des EuGH	206
II. Die dogmatische Struktur des unionsbürgerlichen Diskriminierungsverbotes.....	207
1. Anwendbarkeit des unionsbürgerlichen Diskriminierungsverbotes.....	207
a) Der Unionsbürger als Berechtigter.....	207
b) Die diskriminierende Wirkung als maßgeblicher Anwendbarkeitszeitpunkt	208
c) Der unionsbürgerliche Inländerbehandlungsanspruch im Vertragsgefüge	208
aa) Grundfreiheitsliche Diskriminierungsverbote	208
bb) Diskriminierungsschutz Studierender	210
2. Die tatbestandliche Weite des unionsbürgerlichen Diskriminierungsverbotes.....	211
a) Diskriminierungen im „Anwendungsbereich des Gemeinschaftsrechts“	211
aa) Der „Anwendungsbereich des Gemeinschaftsrechts“ i.S.d. Art. 12 EG	212
bb) Die anwendungsbereichseröffnende Ausübung des Freizügigkeitsrechts	214
(1) Diskriminierungsschutz als akzessorische Verbürgung zum allgemeinen Freizügigkeitsrecht (Art. 18 I EG).....	215
(2) Diskriminierungsschutz jenseits des allgemeinen Freizügigkeitsrechts: Auf dem Weg zur Gleichheit aller Unionsbürger?.....	216
(a) Diskriminierungsschutz bei einem Aufenthalt auf ausschließlich nationalrechtlicher Grundlage	217

(aa) Der Ansatz des EuGH	217
(bb)... ist nicht haltbar.....	218
(b) Diskriminierungsschutz ohne grenzüberschreitenden Bezug? Die Unionsbürgerschaft und das Problem der Inländerdiskriminierung	222
(3) Die dogmatische Verortung des freizügigkeitsakzessorischen Inländerbehandlungsanspruchs	224
cc) Die Reichweite des Diskriminierungsschutzes	225
(1) Die konturenlose Rechtsprechung des EuGH	226
(2) Die Kontroverse in der Literatur: Vollintegration versus strenge Konnexität	228
(a) Der umfassende Charakter des unionsbürgerlichen Diskriminierungsschutzes	228
(b) Restriktive Ansätze.....	229
(3) Der Diskriminierungsschutz ist umfassend angelegt	231
dd) Tatbestandliche Grenzen	238
(1) Grenzen des Gleichbehandlungsanspruchs im Freizügigkeitsregime.....	239
(a) Explizite Ausnahmen vom Grundsatz der Inländerbehandlung	239
(b) Aus der Systematik des Unionsrechts folgende Ausschlüsse.....	241
(aa) Von den Aufenthaltsrichtlinien vorausgesetzter Ausschluss Nichterwerbstätiger von Sozialleistungen?.....	241
(bb) Systematische Folgerungen aus dem ausdifferenzierten Sekundärrechtsregime für grundfreiheitlich Freizügigkeitsberechtigte	242
(2) Die Ausnahme von mit der (nationalen) Staatsangehörigkeit untrennbar verknüpften Rechtspositionen.....	244
(3) Vorbehalt positiver Integration?.....	246
ee) Der tatbestandlich umfassende Charakter des unionsbürgerlichen Diskriminierungsverbotes	247
b) Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit.....	247
aa) Der Anspruch auf Inländerbehandlung	247
bb) Der Anspruch auf Behandlung als Ausländer?	248
3. Die Sicherung mitgliedstaatlicher Gestaltungsspielräume auf Rechtfertigungsebene.....	250
a) Rechtfertigungsstandard.....	251
b) Exemplifizierung anhand des Zugangs Nichterwerbstätiger zu beitragsunabhängigen Sozialleistungen	253
aa) Das Modell der Marktfreiheiten: Nahezu unbedingte Solidarität als Preis ökonomischer Partizipation	253
bb) Die Herausbildung des Konzepts einer abgestuften Solidarität in der Rechtsprechung des Gerichtshofs zum unionsbürgerlichen Diskriminierungsverbot.....	255
cc) Parameter unionsbürgerlicher Solidarität	257
(1) Keine Exklusion Nichterwerbstätiger mangels ökonomischer Partizipation	257
(2) Das Konzept der abgestuften Solidarität als belastbare Grundlage eines unionsbürgerlichen Solidaritätskonzeptes.....	259
(a) Temporale Abstufungen.....	260

(b) Qualitative Restriktionen	261
(c) Quantitative Restriktionen	262
4. Die Erstreckung der vorenthaltenen Vergünstigung auf den diskriminierten Unionsbürger als Konsequenz des Inländerbehandlungsanspruchs	262
III. Diskriminierungsschutz nach der neuen Aufenthaltsrichtlinie 2004/38	263
1. Der sekundärrechtliche Gleichbehandlungsanspruch des Art. 24 RL 2004/38	263
2. Der kompetentielle Rahmen: Diskriminierungsschutz oder Erleichterung der Ausübung des Freizügigkeitsrechts?	264
3. Regelungsgehalt	266
a) Subsidiaritätsklausel	266
b) Aufenthaltsrecht aufgrund der RL 2004/38	266
c) Gleichbehandlung im Anwendungsbereich des Vertrages	267
d) Der Anspruch auf die gleiche Behandlung wie Inländer	268
e) Grenzen des Gleichbehandlungsanspruchs	269
aa) Der temporäre Ausschluss von Sozialhilfe und Studienbeihilfen in Art. 24 II RL 2004/38	269
(1) Gegenstand des Ausschlusses	269
(2) Primärrechtskonformität der Ausschlüsse	270
(a) Prüfungsmaßstab: Art. 18 I EG	271
(b) Die Primärrechtskonformität des Ausschlusses Nichterwerbstätiger in Art. 24 II RL 2004/38	271
(c) Der Sonderfall Arbeitsuchender	272
(3) Kein weitergehender Ausschluss	275
bb) Sonstige Vergünstigungen	278
f) Die Erstreckung des persönlichen Anwendungsbereichs auf drittstaatsangehörige Familienmitglieder	279
IV. Fazit: Der Anspruch des Unionsbürgers auf Inländerbehandlung	279
C. Mobilitätsschutz jenseits des Gebots der Inländerbehandlung	281
I. Mobilitätsschutz jenseits des Gebots der Inländerbehandlung im Spiegel der Rechtsprechung des EuGH	282
1. Die Garantie gleicher rechtlicher Behandlung bei Ausübung der Freizügigkeit	282
a) Das Urteil in der Rs. C-135/99 – Elsen vom 23.11.2000	282
b) Das Urteil in der Rs. C-224/98 – D’Hoop vom 11.7.2002	283
c) Das Urteil in der Rs. C-364/01 – Barbier vom 11.12.2003	284
d) Das Urteil in der Rs. C-224/02 – Pusa vom 29.4.2004	285
e) Das Urteil in den Verb. Rs. C-502/01 und 31/02 – Gaumain-Cerri und Barth vom 8.7.2004	286
f) Das Urteil in der Rs. C-403/03 – Schempp vom 12.7.2005	286
g) Das Urteil in der Rs. C-406/04 – De Cuyper vom 18.7.2006	287
h) Das Urteil in der Rs. C-192/05 – Tas-Hagen vom 26.10.2006	287
i) Das Urteil in der Rs. C-520/04 – Turpeinen vom 9.11.2006	288

j) Noch anhängige Verfahren	288
2. Sonstige Beschränkungen der transnationalen Mobilität	289
a) Das Urteil in der Rs. C-378/97 – Wijsenbeek vom 21.9.1999	289
b) Das Urteil in der Rs. C-365/02 – Lindfors vom 15.7.2004	289
c) Das Urteil in der Rs. C-200/02 – Chen/Zhu vom 19.10.2004	290
d) Das Urteil in der Rs. C-96/04 – Standesamt Niebüll vom 27.4.2006	291
e) Die aus dem Register gestrichene Rs. C-197/02 – Europäische Kommission/Spanien	292
3. Die Entwicklung eines Mobilitätsschutzes jenseits des Gebots der Inländerbehandlung in der Rechtsprechung des EuGH	292
II. Das allgemeine Freizügigkeitsrecht als Garantie transnationaler Mobilität jenseits des Gebots der Inländerbehandlung	292
1. Die Garantie gleicher rechtlicher Behandlung bei Ausübung der Freizügigkeit: Diskriminierung oder Beschränkung?	293
a) Diskriminierung oder Beschränkung? Der ambivalente Ansatz des EuGH	293
b) Die Garantie gleicher rechtlicher Behandlung bei Ausübung der Freizügigkeit als Aspekt eines freiheitsrechtlich strukturierten Art. 18 I EG	295
2. Das allgemeine Freizügigkeitsrecht als Beschränkungsverbot	297
a) Art. 18 I EG als Beschränkungsverbot?	297
aa) Der freiheitsrechtliche Gewährleistungsgehalt des Art. 18 I EG in der Rechtsprechung des Gerichtshofs	297
bb) Das in seiner Reichweite kontroverse freiheitsrechtliche Verständnis des Art. 18 I EG in der Literatur	299
cc) Die Problematik eines als Beschränkungsverbot verstandenen Art. 18 EG	301
b) Die dogmatische Struktur eines als Beschränkungsverbot verstandenen allgemeinen Freizügigkeitsrechts	303
aa) Tatbestandliche Konturen	303
(1) Art. 18 I EG liegt kein enger Freizügigkeitsbegriff zu Grunde	303
(2) Keine Ausnahme von in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten verbliebenen Materien	304
(3) Die Art. 18 I EG beschränkende Maßnahme	305
bb) Weitere Sicherung nationaler Gestaltungsspielräume auf Rechtfertigungsebene	307
cc) Das Beschränkungsverbot Art. 18 I EG im Vertragsgefüge	308
III. Fazit: Mobilitätsschutz jenseits des Gebots der Inländerbehandlung	309

3. Teil

Freizügigkeit, Unionsbürgerschaft, Marktintegration

311

A. Die Unionsbürgerschaft.....	311
I. Die multidimensionale Herausbildung einer Europäischen Bürgerschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.....	313
1. Die Rechtsstellung des Europäischen Bürgers qua marktfreiheitlicher Freizügigkeitsberechtigung als „erster Keim“ eines europäischen Bürgerrechts.....	313
2. Der Europäische Bürger als Teil des Europäischen Gemeinwesens	319
3. Der Europäische Bürger im Zentrum des europäischen Integrationsprojekts.....	320
II. Die Institutionalisierung einer Europäischen Bürgerschaft mit der Unionsbürgerschaft	321
III. Der sich in der Rechtsprechung herausbildende Status als Unionsbürger	325
1. Unionsbürgerliche Freizügigkeit	327
a) Freizügigkeit des Unionsbürgers im Unionsgebiet?	327
b) Die Freizügigkeit des Unionsbürgers zwischen den Mitgliedstaaten: Neufundierung und Grenzen	328
aa) Freizügigkeit für alle Unionsbürger?	329
bb) Das Aufenthaltsrecht des Unionsbürgers im Aufnahmemitglied- staat: Vom privilegierten Ausländer zum Quasi-Inländer?	331
cc) Perspektiven unionsbürgerlicher Freizügigkeit.....	332
2. Unionsbürgerliche Gleichheit.....	335
a) Die Gleichheit der Unionsbürger innerhalb der Unionsrechtsordnung.....	336
b) Die Gleichheit der Unionsbürger innerhalb der mitgliedstaatlichen Teilrechtsordnungen	337
c) Auf dem Weg zu einem unionsbürgerlichen Gleichheitssatz?	341
3. Unionsbürgerliche Solidarität.....	343
a) Der Solidaritätsanspruch des Unionsbürgers gegenüber der Union.....	345
b) Der Solidaritätsanspruch des Unionsbürgers im Aufnahmemitgliedstaat.....	346
c) Perspektiven unionsbürgerlicher Solidarität.....	349
4. Unionsbürgerliche Freiheit	351
a) Die freiheitsrechtliche Position des Unionsbürgers gegenüber der Union.....	351
b) Die freiheitsrechtliche Position des Unionsbürgers gegenüber den Mitgliedstaaten.....	353
IV. Fazit	355

B. Von der markt- zur unionsbürgerlichen Freizügigkeit.....	358
I. Von der marktfreiheitlichen Faktormobilität zur unionsbürgerlichen Freizügigkeit.....	359
1. Die ökonomische Grundierung des Freizügigkeitsrechts in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.....	359
2. Unionsbürgerliche Freizügigkeit	360
II. Der Befund: Unionsbürgerliche und marktfreiheitliche Freizügigkeit zwischen Trennung, Befruchtung und Abrundung.....	361
1. Trennung.....	361
2. Befruchtung	362
3. Die Abrundung des marktfreiheitlichen Freizügigkeits-Acquis	363
III. Die Normkategorie „Grundfreiheit“ angesichts der Erosion ihres ökonomischen Elements	366
1. Die spezifische Integrationsfunktion der Grundfreiheiten.....	368
2. Das unionsbürgerliche Freizügigkeitsrecht im System subjektiver Rechte des Unionsrechts	370
a) Die kontroverse Qualifikation des unionsbürgerlichen Freizügigkeitsrechts	370
b) Das unionsbürgerliche Freizügigkeitsrecht als „Grundfreiheit ohne Markt“	373
3. Der Paradigmenwechsel im grundfreiheitlichen Integrationskonzept.....	375
IV. Neujustierung des Freizügigkeitsregimes.....	378
1. Radizierung des Freizügigkeitsrechts in Art. 18 EG.....	378
2. Differenzierung zwischen erwerbstätigkeitsbezogener und statusbezogener Gleichheit	379
3. Konturierung der wirtschaftlichen Grundfreiheiten ratione personae	382
Rückblick und Ausblick	385
Literaturverzeichnis	401
Fundstellennachweis	437
Sachregister	443